

INHALT

EINFÜHRUNG

PRIVATE SICHERHEITSUNTERNEHMEN ALS RECHTSPROBLEM

A.	HINTERGRUND DER UNTERSUCHUNG	1
B.	GEWERBLICHE LEISTUNGEN PRIVATER SICHERHEITS- UNTERNEHMEN	3
I.	<i>Private Sicherheitsunternehmen als wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit</i>	3
II.	<i>Schnittstellen</i>	6
III.	<i>Blick auf die bisherige Behandlung</i>	8
IV.	<i>Blick auf den Regelungsbestand</i>	10
	1. Voraussetzungen des § 34 a GewO	10
	2. Unterrichtungsverfahren	10
	3. Fazit	12
V.	<i>Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion 1995</i>	13
VI.	<i>Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis90/Die Grünen</i>	15
VII.	<i>Einheitliche Rechtsgrundlagen für das private Sicherheits- gewerbe</i>	17

1. KAPITEL
AUFGABEN PRIVATER SICHERHEITSUNTERNEHMEN

A.	ENTWICKLUNG PRIVATER SICHERHEITSUNTERNEHMEN	19
I.	Blick auf die Entstehung des privaten Sicherheitsgewerbes	19
II.	Anzahl der Wach- und Sicherheitsunternehmen, Anzahl der Beschäftigten	22
III.	Aufgaben privater Sicherheitsunternehmen	23
1.	Entwicklung	23
2.	Aufgaben heute	24
3.	Zukünftige Tätigkeiten	26
4.	Das Handeln im privatrechtlichen Hausrechtsbereich	27
5.	Das Handeln im öffentlich zugänglichen Bereich	28
a.	Darstellung	28
b.	Entlastung der Polizei von sog. „polizeifremden“ Aufgaben	30
B.	ABGRENZUNGEN	32
I.	Bürgerschaftliche Polizeiarbeit	32
1.	Sicherheitspartnerschaften, Freiwillige Polizeidienste, Freiwillige Polizeireserven, Hilfspolizisten	32
2.	Tätigkeit privater Sicherheitsunternehmen, bezogen auf die Aufgabenverteilung zwischen Polizei und Privaten	34
II.	Strukturen der Einbindung privater Sicherheitsunternehmen in die Aufgabe der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und Ordnung	36
1.	Darstellung	36

2.	Abgrenzungen	37
a.	Verwaltungshilfe, Beileihung	37
b.	Nicht hoheitliche Aufgabenerledigung auf staatliche Veranlassung	39
c.	Nicht staatlich veranlasste Aufgabenerledigung	40
d.	Betrieblicher Werkschutz, frei gewerbliche Sicherheitsunternehmen	41
III.	Handeln in öffentlich zugänglichen Bereichen versus Handeln in nicht jedermann zugänglichen Bereichen, Erfordernis einer Abgrenzung	44
1.	Positionen aus der Vergangenheit	44
2.	Positionen heute	46
3.	Erfordernis der Abgrenzung	48
IV.	Einwendungen gegen das Handeln im öffentlich zugänglichen Bereich	50
1.	Rechtsgrundlagen	50
2.	Aufgabenverteilung zwischen Polizei und Privaten	53
V.	Ausgewählte Aufgaben	55
1.	Personenschutz	55
a.	Direkter Personenschutz	55
b.	Erweiterter Personenschutz	56
2.	Objektschutz	57
3.	Revier- und Streifendienste	58

2. KAPITEL
SICHERHEIT UND PRIVATE

A.	SICHERHEIT UND DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN STAAT UND PRIVAT	59
I.	Staatsaufgaben und öffentliche Aufgaben	62
II.	Sicherheit als Staatsaufgabe	66
III.	Sicherheit und Grundgesetz	68
IV.	Sicherheitsmonopol des Staates nach dem Grundgesetz ?	72
V.	Art. 33 IV GG als Aufgabenzuweisungsnorm	74
VI.	Ergebnis	80
	1. Verantwortungsgemeinschaft von Staat und Bürgern	80
	2. Keine exklusive Wahrnehmungszuständigkeit des Staates	83
	3. Entwicklungslinien der aktuellen Diskussion	84
B.	POLIZEI UND PRIVATE SICHERHEITSUNTERNEHMEN, AUFGABENABGRENZUNGEN	86
I.	Der Bedarf nach einer Abgrenzung der Aufgaben von Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen	88
II.	Zuständigkeitsabgrenzungen von Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen	89
	1. Der Auftrag an die Polizei	89
	a. Das klassische Verständnis von Polizei	89
	b. Fortentwicklung des Polizeirechts	91
	c. Zwischenbilanz	92
	2. Eigenverantwortliche Sicherheitsvorsorge und staatliche Gefahrenabwehr	94

3.	Alleinzuständigkeit staatlicher Organe bei konkreter Gefahr ?	99
4.	Prävention und Repression zur Abgrenzung zwischen staatlicher und privater Zuständigkeit	106
5.	Doppelfunktionale Eingriffe	107
III.	Ergebnis	110

3. KAPITEL EINGRIFFSBEFUGNISSE ANGEHÖRIGER PRIVATER SICHERHEITSUNTERNEHMEN

A.	NOT- UND JEDERMANNRECHTE IM ÜBERBLICK	111
I.	Notwehr und Nothilfe, § 227 BGB, § 32 StGB	112
II.	Zivilrechtlicher Notstand, §§ 228, 904 BGB, Strafrechtlicher Notstand § 34 StGB	115
III.	Vorläufige Festnahme § 127 I StPO	117
IV.	Selbsthilferechte, §§ 229 ff. BGB	119
V.	Besitzschutzrechte, §§ 858, 859 BGB	121
VI.	Hausrecht	123
B.	NOT- UND JEDERMANNRECHTE ALS BEFUGNISSE FÜR ANGEHÖRIGE PRIVATER SICHERHEITSUNTERNEHMEN	124
I.	Staatliches Gewaltmonopol und private Eingriffe	129
1.	Staatliches Gewaltmonopol	131
a.	Historischer Kontext	131
b.	Gewaltmonopol nach dem Verständnis des Grundgesetzes	133

II.	Not- und Jedermannrechte und deren Verhältnis zum staatlichen Gewaltmonopol	140
1.	Not- und Jedermannrechte als absolute Sonderfälle; Einschränkung der Not- und Jedermannrechte durch das staatliche Gewaltmonopol	140
2.	Entwicklung weg vom staatlichen Gewaltmonopol	142
3.	Ambivalenz des staatlichen Gewaltmonopols	146
a.	Strafrechtliche Lösung	148
b.	Mahlbergs Lösungsansatz	150
c.	Sonderfall des § 127 I StPO	152
4.	Subsidiaritätsprinzip	154
a.	Darstellung	155
b.	Vorrang privaten Handelns	156
III.	Einfachgesetzliche Vorgaben des Verhältnisses von staatlicher und privater Gefahrenabwehr	158
1.	Verhältnis zwischen staatlicher und privater Gefahrenabwehr nach den Not- und Jedermannrechten; Bedeutung der Subsidiaritätsklausel des § 229 BGB	158
a.	Not- und Jedermannrechte - polizeilicher Aufgabenkanon	158
aa.	Vergleichende Betrachtung	158
bb.	Fazit	163
b.	Subsidiarität gem. § 229 BGB als für die übrigen Not- und Jedermannrechte geltender Grundsatz	164
c.	Fazit	166
2.	Subsidiarität nach § 1 II ME PolG, § 1 III POG RP, Schutz privater Rechte	167
3.	Ergebnis	171
IV.	Nachrang der Not- und Jedermannrechte gegenüber staatlichen Verfahren zur Rechtsgutsicherung	172
1.	Lösungsansatz Hoffmann-Riems und Jean d'Heurs	172

2.	Lösungsansatz Kellers	173
a.	Zunahme der Kriminalität	177
b.	Steigendes Sicherheitsbedürfnis, Zunahme des Unsicherheitsgefühls	179
c.	Fazit	181
V.	Ergebnis	183

4. KAPITEL

GRENZEN DER ANWENDBARKEIT DER NOT- UND JEDERMANNRECHTE FÜR ANGEHÖRIGE PRIVATER SICHERHEITSUNTERNEHMEN

A.	NOT- UND JEDERMANNRECHTE FÜR PROFESSIONELLE	189
I.	Problemstellung	189
II.	Not- und Jedermannrechte für die Polizei	192
III.	Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	199
1.	Handeln Privater an Stelle des Staates	199
2.	Vorhersehbarkeit der Verteidigungslage	204
3.	Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes wegen unterschiedlicher Reichweite im Vergleich zu den Rechten der Polizei	207
B.	SONSTIGE EINWENDUNGEN GEGEN EINE ANWENDBARKEIT DER NOT- UND JEDERMANNRECHTE	209
I.	Private Machtpotentiale, Privatarmeen	210
II.	Käuflichkeit der Sicherheit	213

C. ERGEBNIS	216
--------------------	-----

**5. KAPITEL
EIGENER LÖSUNGSVORSCHLAG**

A. GRUNDSÄTZLICHES	217
I. Polizeiliche und private Gefahrenabwehrstrategien	218
II. Sicherheit als gemeinsame Aufgabe	224
III. Refeudalisierung der Gesellschaft	227
IV. Verfassungsrechtliche Schutzpflichten	231
B. PRIVATE AUFTRÄGE	236
I. Direkter Personenschutz, Body-Guards	236
II. Schutz des privaten Hausrechts	238
1. Geltung des privaten Hausrechts auf scheinbar öffentlichem Gelände; „Semi-offizielle“ Territorien	241
2. Hausverweis, gewaltsame Entfernung Unbefugter	246
a. Hausverweis als Widerruf der Zutrittsberechtigung	249
aa. Private Sicherheitskräfte als Besitzdiener	249
bb. Übertragbarkeit der Befugnisse aus Besitz auf Angehörige privater Sicherheitsunternehmen	251
(1) Besitz als übertragbares subjektives Recht	251
(2) Überlaßbarkeit der Rechtsausübung	252
b. Hausverweis als Reaktion auf vorhergehendes rechtswidriges Handeln, gewaltsame Entfernung Unbefugter	254

c.	Fazit	255
III.	Taschenkontrollen, Besitzkehr §§ 859 II, III BGB	256
IV.	Sicherung zivilrechtlicher Ansprüche, § 229 BGB	257
1.	Selbsthilfebefugnisse für Angehörige privater Sicherheitsunternehmen	257
2.	Selbsthilfe als übertragbares subjektives Recht	258
V.	City-Streifen	259
VI.	Aufgaben in öffentlichen Verkehrsmitteln, Aufgaben auf Bahnhöfen	267
VII.	Datenschutz	269
1.	Anwendung des BDSG	270
2.	Datenerhebung	273
3.	Datenverarbeitung	274
4.	Datenaustausch	276
VIII.	Ergebnis	278
C.	ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE	282
I.	City-Streifen	283
1.	Grundsätzliches	283
2.	Sicherheitspartnerschaften, Freiwillige Polizeidienste, Freiwillige Polizeireserven, Hilfspolizisten	284
II.	Schutz des Hausrechts in öffentlichen Einrichtungen	287
1.	Übertragbarkeit von Befugnissen auf Angehörige privater Sicherheitsunternehmen	287
a.	Privatrechtlich organisierte öffentliche Einrichtungen	287
b.	Öffentlich-rechtlich organisierte öffentliche Einrichtungen	288
aa.	Öffentliches oder privates Hausrecht	288
bb.	Maßnahmen öffentlichen Rechts	290
III.	Sonstige Aufgaben in öffentlichen Einrichtungen	294
1.	Abwehr von Störungen von außen	294

2.	Schutz öffentlich zugänglicher öffentlicher Einrichtungen außerhalb der Betriebszeit, Schutz nicht jedermann zugänglicher öffentlicher Einrichtungen	294
3.	Weitere Schutzaufgaben in öffentlichen Einrichtungen	295
D.	ZUSAMMENARBEIT VON POLIZEI UND PRIVATEN SICHERHEITSUNTERNEHMEN, „ SICHERHEITSNETZE“	296
I.	Spezialgesetzliche Ausgestaltungen	297
II.	Kooperationsmodelle	300
1.	Übertragung polizeilicher Aufgaben	302
2.	Kooperation von Polizei und Privaten ohne Übertragung hoheitlicher Aufgaben	303
a.	Gemeinsame Streifen	303
b.	Informationelles Zusammenwirken	304
aa.	Informationsweitergabe von Privaten an die Polizei	307
bb.	Informationsübermittlung von der Polizei an Private	308
E.	SCHLUSSBEMERKUNG	309
	ABKÜRZUNGEN	314
	LITERATUR	319